



Makroausblick 2026

Volkswirtschaft

Jan — Feb — Mär — Apr — Mai — Jun — Jul — Aug — Sep — Okt — Nov — Dez

Wichtige Informationen und Hinweise

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei dieser Information und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die zukünftige Wertentwicklung eines Investments unterliegt unter Umständen der Besteuerung, die von der persönlichen Situation des Anlegers abhängig ist und sich zukünftig ändern kann. Renditen von Anlagen in Fremdwährung können aufgrund von Währungsschwankungen steigen oder sinken. Mit dem Kauf, dem Halten, dem Umtausch oder dem Verkauf eines Finanzinstruments sowie der Inanspruchnahme oder Kündigung einer Wertpapierdienstleistung können Kosten entstehen, welche sich auf die erwarteten Erträge auswirken. Bei einem Fondsinvestment werden stets Anteile an einem Investmentfonds erworben, nicht jedoch ein bestimmter Basiswert (z.B. Aktien an einem Unternehmen), der vom jeweiligen Fonds gehalten wird. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Wichtige Hinweise und Informationen zu Index- und Marktdaten finden Sie unter <https://www.berenberg.de/rechtliche-hinweise/lizenzhinweise/>. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind und dass Depotkosten entstehen können, die die Wertentwicklung mindern. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Das in dieser Unterlage verwendete Bildmaterial dient ausschließlich zu illustrativen Zwecken. Es stellt keinen Bezug zu spezifischen Produkten, Dienstleistungen, Personen oder tatsächlichen Situationen her und ist nicht als Grundlage für Entscheidungen oder Handlungen zu verstehen.

Datum 30.03.2026

Das große Bild



Konjunktur und Wachstum: Je länger der Konflikt andauert, desto stärker steigen die Energiepreise und die Inflationserwartungen, während sich die Konjunkturaussichten weiter eintrüben. Sollte der Konflikt zeitnah beendet werden, wäre der wirtschaftliche Schaden schmerzhaft, aber verkraftbar. Im Falle eines mehrmonatigen Konflikts wären die Konsequenzen hingegen deutlich gravierender. Wir rechnen derzeit jedoch damit, dass US-Präsident Trump kein Interesse an einem langen Krieg und steigenden Preisen daheim hat. Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2026 daher ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite stehen zahlreiche wirtschaftliche, finanzielle und (geo-)politische Risiken. Auf der anderen Seite ist die Geldpolitik in vielen Teilen der Welt bisher noch expansiv und auch die Fiskalpolitik wirkt in Deutschland und den USA weiterhin stützend. Die US-Wirtschaft wird derzeit zudem von einem KI-Boom belebt. Mittelfristig werden die protektionistische Handelspolitik und die restriktive Einwanderungspolitik jedoch zu einem geringeren Trendwachstum in den USA führen. China kämpft derweil, zusätzlich zum Außenhandelsstreit, weiterhin mit Problemen im Immobiliensektor und einer Verunsicherung der Verbraucher. Der fiskal- und geldpolitische Stimulus hilft bedingt, löst aber nicht die langfristigen Probleme. Der europäischen Industrie weht hingegen der Wind aus Übersee scharf ins Gesicht. Bei rückläufigen Ausfuhren in die USA und China muss das Wachstum aus der Binnenwirtschaft kommen. Die zu Beginn des Jahres noch relativ optimistischen Wachstumsaussichten für die Eurozone trüben sich durch den Iran-Krieg aber mittlerweile zunehmend ein.



Inflation: Die steigenden Energiepreise aufgrund des Iran-Krieges werden die Inflation weltweit ansteigen lassen. Wie stark der Inflationsschock ausfällt und wie lange er anhält, hängt davon ab, wie lange die Energielieferungen aus dem Mittleren Osten gestört bleiben. Mittelfristig werden auf beiden Seiten des Atlantiks zudem strukturelle Gründe wie die demografische Entwicklung und Investitionen in Klimaneutralität den Inflationsdruck auf einem höheren Niveau halten. In der Eurozone kommt auch noch der deutliche Anstieg der Militärausgaben und das deutsche Fiskalpaket hinzu. Kurzfristig wird die Inflationsrate deutlich ansteigen und langfristig dürfte sie sich aufgrund struktureller Gründe bei etwa 2,5 % statt bei 2 % einpendeln.



Geldpolitik: Der Inflationsdruck wird es der Federal Reserve (Fed) voraussichtlich nicht erlauben, die Leitzinsspanne unter 3,25–3,50 % abzusenken während die Bank of England voraussichtlich die nächste Zinssenkung bis zum Ende des Jahres verschieben muss. Wir rechnen danach mit einer Absenkung des Leitzinses auf 3,00 % bis Mitte 2027. Für die Europäische Zentralbank (EZB) scheint es noch möglich zu sein, durch einen hoffentlich temporären Inflationsschock hindurchzuschauen. Je länger der Iran-Krieg jedoch andauert, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass die EZB in diesem Jahr den Leitzins anheben wird.



Zinsen: Die Sorge um eine anziehende Inflationsrate aufgrund des Iran-Krieges hat zuletzt die Renditen von Staatsanleihen deutlich steigen lassen. Angesichts der hohen Staatsausgaben sowie der strukturell höheren Inflation in Europa und den USA erwarten wir, dass die Renditen langfristig sogar noch weiter zulegen könnten.

Makroökonomischer Blick auf die Welt



Eurozone

Das Wachstum in der Eurozone wird durch die steigenden Energiepreise aufgrund des Iran-Kriegs sowie durch die rückläufigen Ausfuhren in die USA und nach China belastet. Stützend wirken hingegen die Reformerfolge in Südeuropa sowie der deutsche Fiskalimpuls. Positiv machen sich bisher zudem die niedrigen Zinsen der EZB und der stabile Arbeitsmarkt bemerkbar. Wir rechnen damit, dass die Euro-Wirtschaft 2026 mit 0,8 % wachsen kann. Je länger der Iran-Krieg jedoch andauert, desto stärker werden sich die Wachstumsaussichten eintrüben.



USA

Derzeit profitiert die US-Wirtschaft von einem KI-Boom. Mittelfristig werden jedoch höhere Einfuhrzölle, Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder und eine geringere Zuwanderung unter Trump das Trendwachstum in den USA schwächen. Das Haushaltsdefizit verharrt bei rund 6 % des BIP, während der Schuldenstand weiter rasant ansteigt. Die US-Notenbank befindet sich derzeit in einer schwierigen Lage: Zum einen machen sich die Zölle in Form von steigenden Preisen bemerkbar, zum anderen kühlt sich der Arbeitsmarkt mittlerweile etwas ab. Der anhaltende Inflationsdruck begrenzt den Spielraum für weitere Zinssenkungen der US-Notenbank.



Deutschland

Externe Faktoren wie die US-Zölle und die zunehmende chinesische Konkurrenz, gepaart mit strukturellen Problemen, sind der Grund dafür, dass die deutsche Wirtschaft seit Jahren nicht vom Fleck kommt. Das umfangreiche Fiskalpaket wird im Jahr 2026 dabei helfen, die deutsche Konjunktur anzukurbeln. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben bereits deutlich angezogen. Der Iran-Krieg droht den zaghaften Aufschwung nun aber wieder abzuwürgen. Um Deutschland langfristig auf einen nachhaltigen Wachstumsweg zu bringen, sind tiefgreifende Reformen notwendig.



China

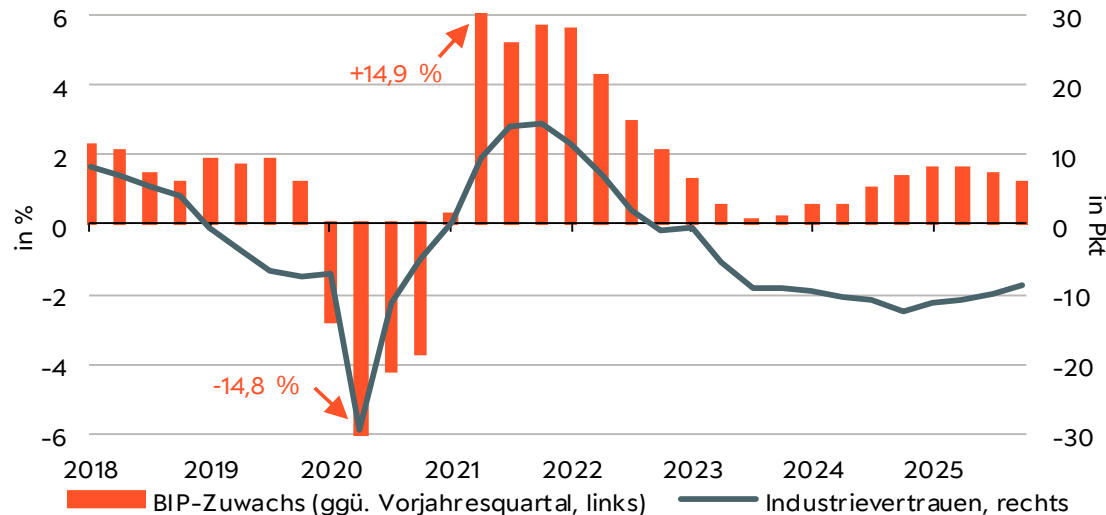
Auch 4 Jahre nach dem Platzen der Immobilienblase ist die chinesische Gesellschaft noch immer verunsichert. Dies belastet den privaten Verbrauch ebenso wie die Investitionen. Die Regierung versucht, mit Stimuli gegenzusteuern. Während die Binnennachfrage weiterhin schwach ist, versucht Peking bei den Exporten mit hohen Ausgaben Weltmarktanteile zu erkaufen. Die Maßnahmen helfen, die Wirtschaft zu stützen, doch ein deutlicher Aufschwung ist nicht zu erkennen. Auch für die kommenden Jahre ist mit für chinesische Verhältnisse niedrigen Wachstumsraten, die sich Richtung 4 % bewegen, zu rechnen.

Eurozone

Nahostkonflikt bedroht die Konjunkturerholung der Eurozone

- Die ökonomischen Frühindikatoren hatten eigentlich auf einen guten Jahresstart für die Eurozone hingedeutet. Der Iran-Krieg und die steigenden Energiepreise trübten die Aussicht jetzt jedoch etwas ein. In unserem Basisszenario gehen wir davon aus, dass die Straße von Hormus lediglich ein paar Wochen für Energieausfuhren gesperrt bleiben wird. In diesem glimpflichen Szenario wären die Auswirkungen auf die Eurozone moderat.
- Es ist jedoch auch ein wesentlich ungünstigerer Verlauf des Konflikts vorstellbar, indem die Energieexporte aus der Golfregion für ein halbes Jahr blockiert bleiben würden. In diesem Fall würde das Wachstum in der Eurozone vorübergehend zum Erliegen kommen und die Inflationsrate könnte auf bis zu 4 % ansteigen.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen

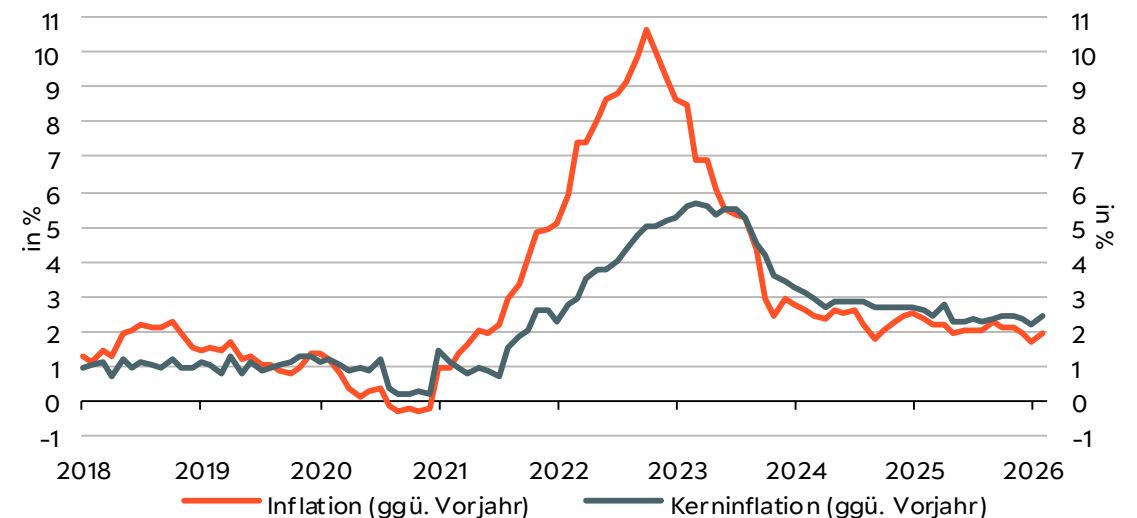


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Die EZB wird datengetrieben und spontan reagieren

- Sollte sich die Lage im Nahen Osten bald entspannen, bestünde für die EZB noch immer die Möglichkeit, über den in diesem Fall temporären Inflationsschock hindurchzuschauen und den Leitzins unverändert zu lassen. Je länger der Konflikt jedoch andauert, desto größer wird die Gefahr, dass die Inflationsrate aufgrund von Indirekten- und Zweitrunden-Effekten stärker ansteigt und länger auf einem erhöhten Niveau verweilt.
- Die EZB wird die Datenlage in den kommenden Monaten daher ganz genau im Auge behalten. Die Währungshüter haben aus ihren Fehlern aus dem Jahr 2022 gelernt und würden im Zweifelsfall voraussichtlich wesentlich früher reagieren als damals.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



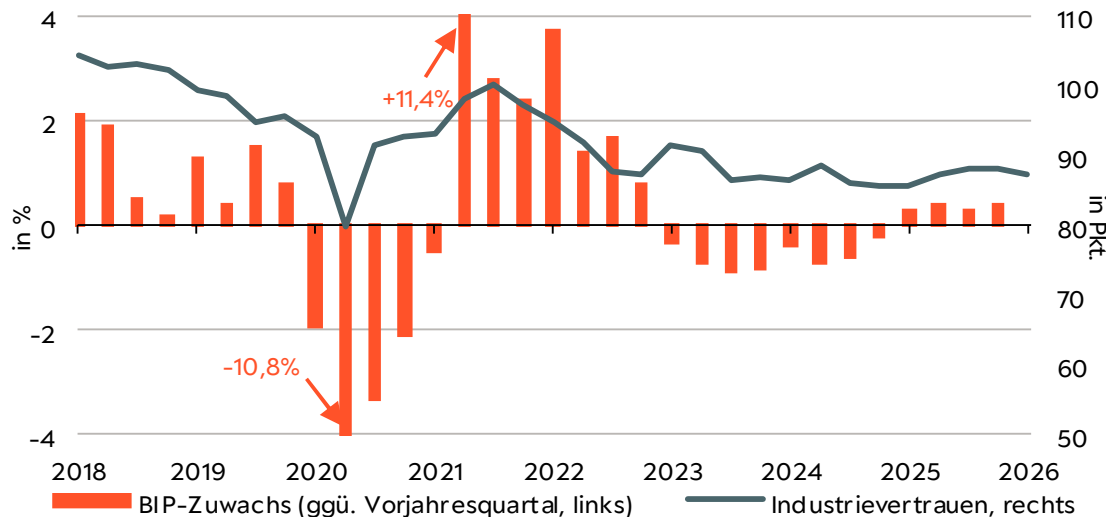
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Deutschland

Iran-Krieg beendet vorerst die Hoffnung auf einen Aufschwung

- Für die deutsche Konjunktur kommt der Iran-Krieg zur Unzeit. Denn trotz der US-Zölle und der zunehmenden Konkurrenz aus China hatte sich die deutsche Wirtschaft zuletzt nur langsam aus der Stagnation gelöst. Je länger der Konflikt im Nahen Osten anhält, desto stärker wird sich die Stimmung hierzulande eintrüben.
- Dies wurde bereits am ifo-Geschäftsklimaindex im März deutlich, der von 88,4 auf 86,4 Punkte sank. Dies ist auf deutlich pessimistischere Erwartungen zurückzuführen. Die Urteile zur aktuellen Lage blieben hingegen unverändert. Kommt der Konflikt jedoch bald zu einem Ende, wird sich die konjunkturelle Erholung voraussichtlich weiter fortsetzen. Denn das umfangreiche Ausgabenpaket der Bundesregierung kommt zunehmend in der Realwirtschaft an. Um das deutsche Potenzialwachstum nachhaltig zu stärken, sind jedoch weitere Strukturreformen notwendig.

Deutsches BIP und ifo-Geschäftsklima

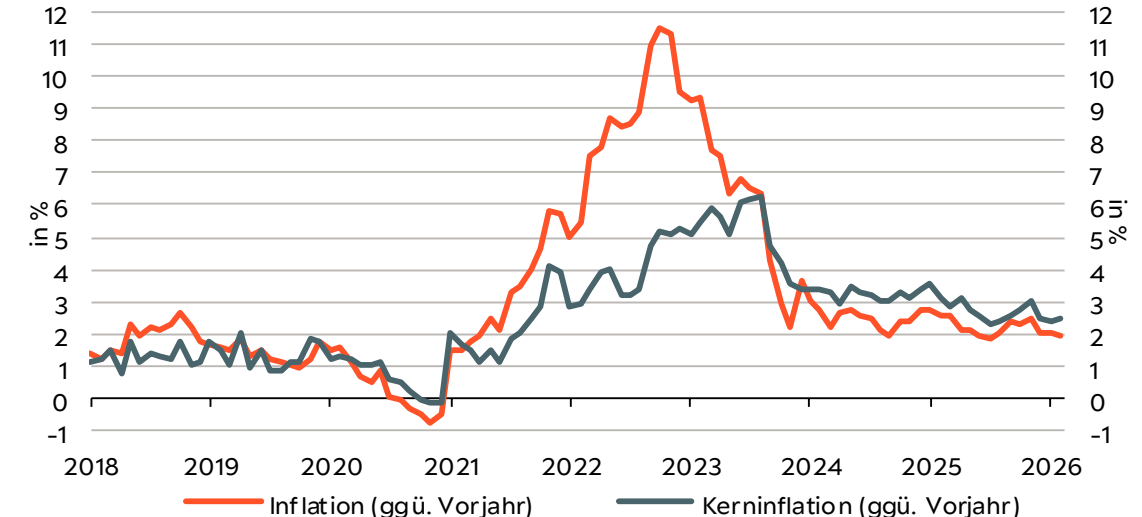


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Iran-Krieg wird sich nicht nur an der Tankstelle bemerkbar machen

- Die inflationären Effekte des Iran-Krieges waren in Deutschland bereits in den ersten Tagen des Konflikts an der Tankstelle festzustellen. Die Spritpreise haben im Vergleich zum Vorjahr um etwa 20 % zugelegt. Bei einer Gewichtung von Treibstoff im Inflationskorb in Höhe von 3 % könnte die deutsche März-Inflationsrate allein hierdurch um knapp einen halben Prozentpunkt ansteigen.
- Neben den Benzinpreisen wird sich der Iran-Krieg auch in weiteren Waren bemerkbar machen. Hierzu zählen Produkte, die sehr energieintensiv produziert werden oder bei deren Herstellung Gas oder Öl als Ausgangsstoff genutzt wird. Hinzu kommt eine Düngerknappheit, die zu steigenden Lebensmittelpreisen führen könnte. Die Gaspreise für Kunden werden hingegen aufgrund der länger laufenden Verträge erst mit Verzögerung steigen.

Deutschland harmonisierte Inflation (ggü. Vorjahr)



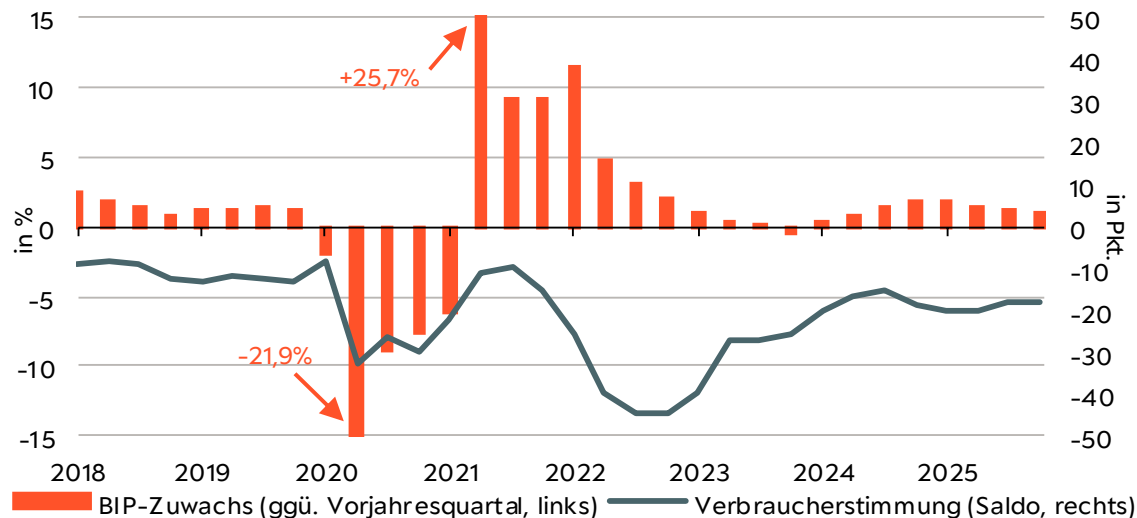
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Großbritannien

Schwacher Start ins neue Jahr

- Zwar hatten die Stimmungsindikatoren auf einen guten Jahresstart für die britische Wirtschaft hingedeutet, doch die Wirtschaftskraft bewegte sich im Januar im Vergleich zum Vormonat seitwärts. Die Sparpolitik der Regierung und die sinkende Kaufkraft der Verbraucher aufgrund der noch immer recht hohen Inflation machen sich negativ bemerkbar.
- Die im Zuge des Iran-Krieges gestiegenen Energiepreise sind ein weiterer Gegenwind für die Konjunktur. Der Inflationsschock wird zudem weitere Zinssenkungen der Bank of England weiter nach hinten verschieben. Das spricht einer zeitnahen Erholung der Konjunktur zusätzlich entgegen.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)

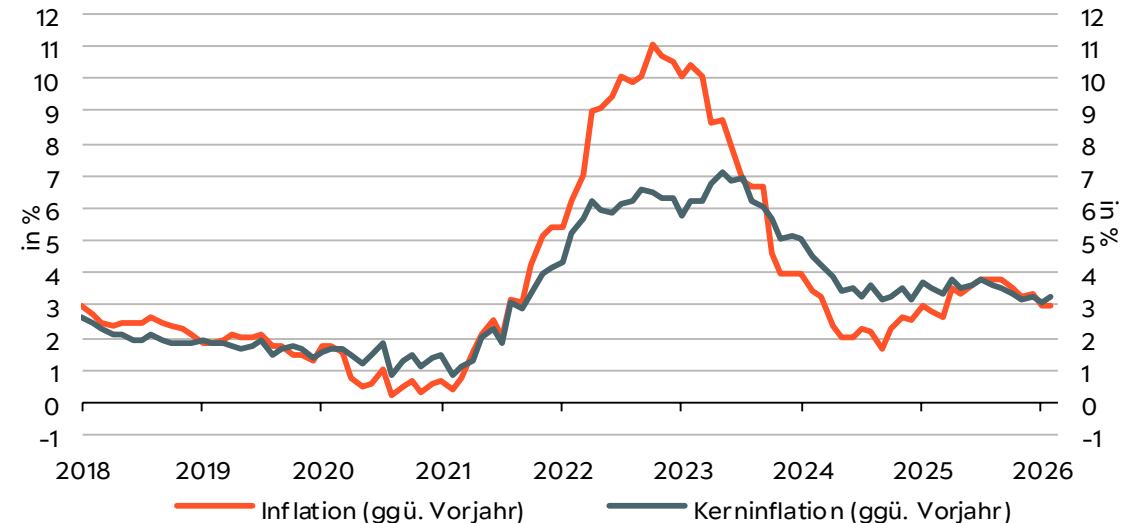


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Leitzinssenkungen auf die lange Bank geschoben

- Die Inflationsrate hat sich im Februar bei 3 % seitwärts bewegt. Angesichts des Iran-Krieges erscheint dieser Datenpunkt jedoch wie Schnee von gestern. Statt wie von der BoE im Februar prognostiziert im April auf 2 % zu sinken, gehen wir nun davon aus, dass die Inflation im März auf 3,4 % ansteigen und erst im April auf 2,8 % zurückgehen wird. In unserem Basisszenario, in dem sich die weltweite Energieversorgung ab Ende April erholt, bewegt sich die Verbraucherpreisinflation für den Rest des Jahres 2026 zwischen 2,5 % und 3,0 %.
- Sobald sich die Inflationssorgen wieder legen, wird die BoE ihre geldpolitische Lockerung voraussichtlich fortsetzen. Dies könnte sich allerdings bis Ende des Jahres hinziehen. Insgesamt erwarten wir bis Mitte 2027 drei Zinssenkungen der BoE um jeweils 25 Basispunkte auf dann 3,0 %.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



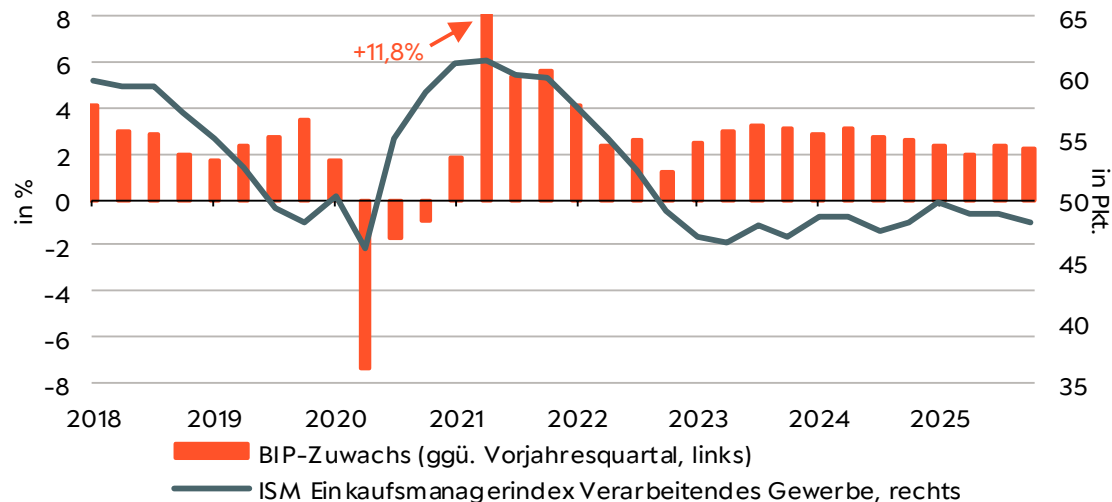
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

USA

Druck auf Trump den Krieg zu beenden, nimmt zu

- Die USA sind Netto-Öl- und Gasexporteure. Die steigenden Energiepreise treffen die US-Wirtschaft daher wesentlich weniger hart als beispielsweise die Eurozone. Während die Energieexporteure in den USA profitieren, müssen die Verbraucher aber auch dort mittlerweile für Treibstoff deutlich höhere Preise bezahlen.
- Für Präsident Trump kommt dies zu einer ungünstigen Zeit, da er in den Umfragen weiterhin schlecht abschneidet und die Wähler bereits vor Ausbruch des Krieges frustriert über die hohe Inflation waren. Trump wird vor den Zwischenwahlen am 3. November einen weiteren Inflationsanstieg vermeiden wollen. Wir gehen daher davon aus, dass die USA versuchen wird, die Störung der globalen Energieversorgung bis Ende April zu beenden.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex

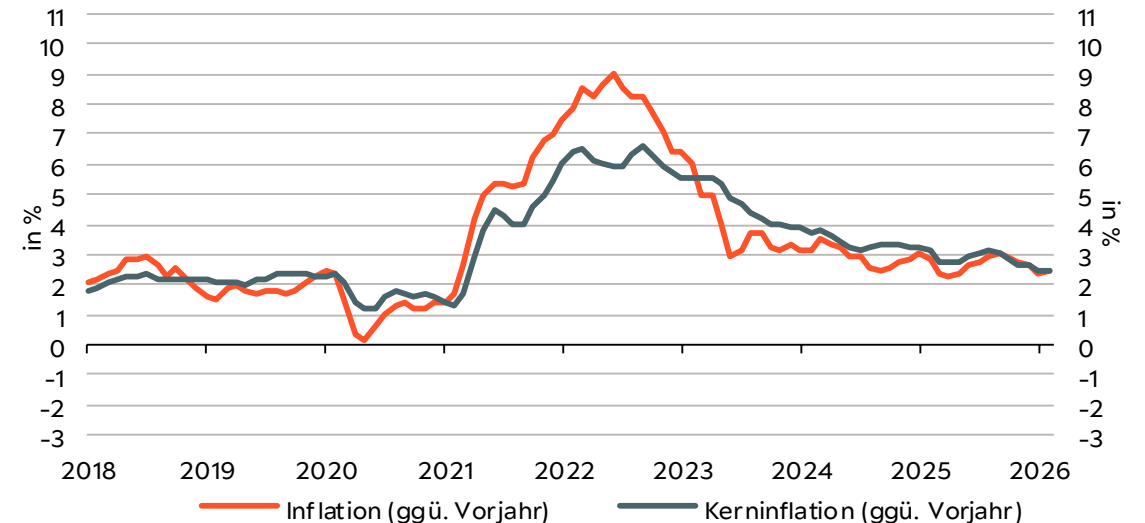


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Inflation steigt bereits vor Energiepreisschock weiter an

- Während die PCE-Kernrate, das bevorzugte Inflationsmaß der Fed, im Januar von 3,0 auf 3,1 % angestiegen ist, verharrte die CPI-Kerninflationsrate im Februar auf einem Niveau von 2,4 %. Beide Werte sind für die US-Notenbank bereits jetzt zu hoch. In den März-Zahlen werden sich zusätzlich noch die gestiegenen Energiepreise aufgrund des Iran-Krieges bemerkbar machen.
- Der Spielraum für weitere Leitzinssenkungen ist daher sehr begrenzt. Auch wenn die Konjunktur diese gebrauchen könnte: Das annualisierte BIP-Wachstum im vierten Quartal wurde in der zweiten Lesung von 1,4 auf 0,7 % halbiert. Wir rechnen für den Juni noch mit einer letzten Leitzinssenkung der Fed um um 25 Basispunkte auf dann 3,25 bis 3,5 %. Sollten die Energiepreise jedoch länger auf dem aktuellen Niveau bleiben, könnte der Zinsschritt später erfolgen.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



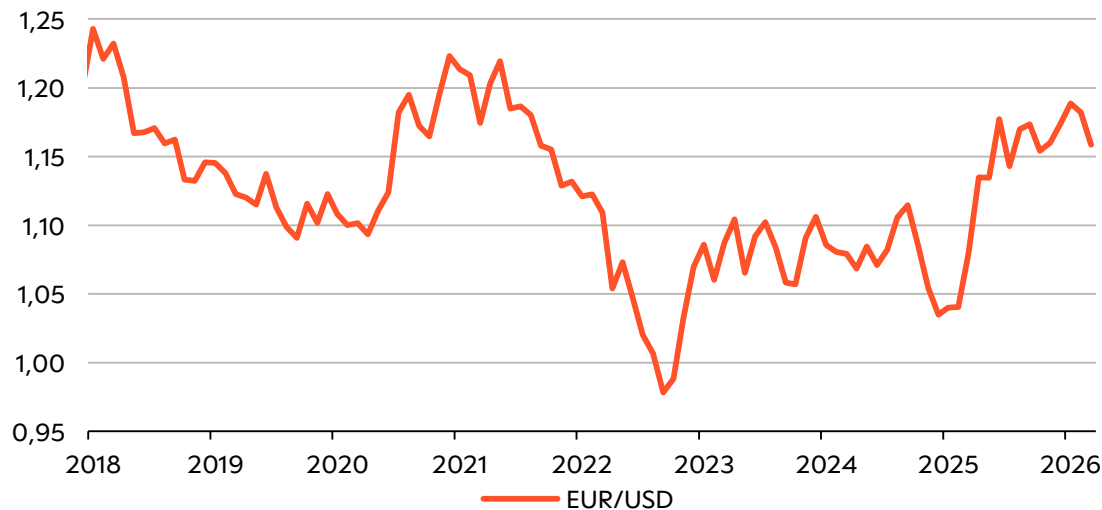
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Marktentwicklung

Iran-Krieg führt zur Dollarerholung

- Steigende Energiepreise schaden der Eurozone weitaus mehr als den USA. Während die USA Nettoenergieexporteure sind, ist die Eurozone stark von Energieeinfuhren abhängig. Darüber hinaus profitiert der Dollar von seinem Status als sichere Hafenwährung in Zeiten der Unsicherheit. Infolgedessen legte der Dollar in den ersten Tagen der Eskalation gegenüber dem Euro zu und konnte seine Stärke bisher verteidigen. Solange der Konflikt die Straße von Hormus blockiert, werden höhere Energiepreise den Greenback weiterhin stützen. Im Jahr 2022 erreichte der Dollar aufgrund extrem hoher Energiepreise kurzzeitig die Parität zum Euro.
- Sollte sich der Konflikt jedoch innerhalb weniger Wochen beruhigen, wie wir für unser Basisszenario annehmen, wird der Dollars bald wieder etwas schwächer werden.

Wechselkurs EUR/USD

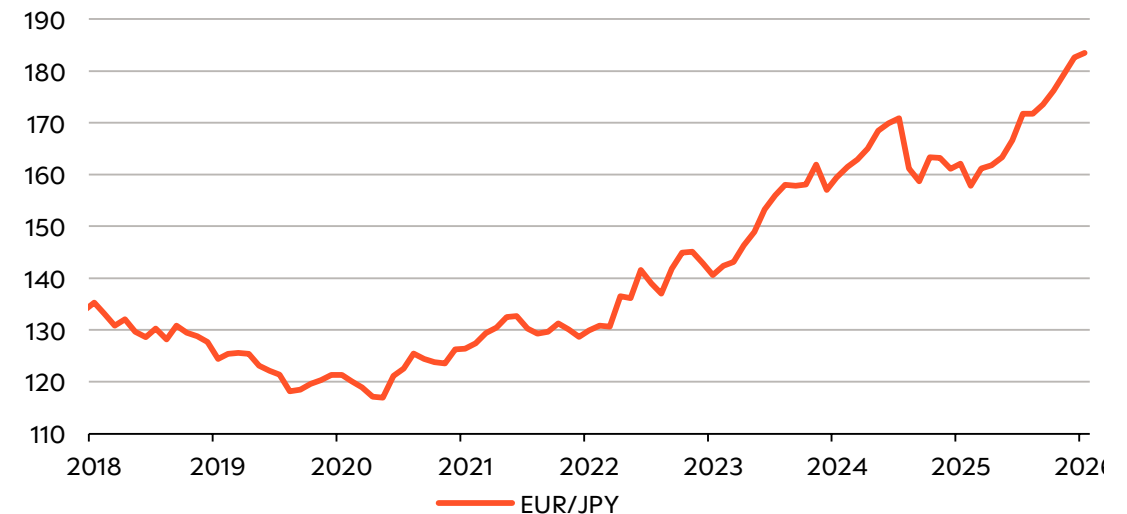


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

BoJ könnte ihren Zinsanhebungszyklus bald fortsetzen

- Japan ist ein rohstoffarmes Land mit einer großen Wirtschaft. Es importiert mehr als 90 % seines Rohöls aus dem Nahen Osten. Das macht es besonders anfällig für eine Sperrung der Straße von Hormus. Der ohnehin schon schwache Yen ist durch den Ausbruch des Krieges noch weiter unter Druck geraten. Die japanische Regierung hat bereits versucht, die Wirtschaft und den Yen durch die Freigabe eines Teils der strategischen Ölreserven zu stützen, doch die Folgen sind bisher überschaubar.
- Die Bank of Japan (BoJ) hat ihren Leitzins in der Märzszung bei 0,75 Prozent belassen. Bereits bei der nächsten Sitzung am 28. April könnte er jedoch angehoben werden, um der Inflation zu begegnen und den Yen zu stützen. Für die japanische Wirtschaft würden steigende Zinsen hingegen einen zusätzlichen Gegenwind bedeuten.

Wechselkurs EUR/JPY



Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

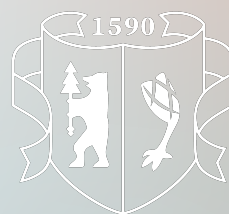
Kapitalmarktprognosen

			Aktuell	Prognose	
			30.03.2026	30.06.2026	31.12.2026
Aktienmärkte	USA	S&P 500	6.381	7.250	7.400
	Europa	DAX	22.235	25.500	26.000
		EURO STOXX 50	5.495	5.900	6.100
		MSCI Großbritannien	2.853	2.950	3.000
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,50-3,75	3,25-3,50	3,25-3,50
		10 Jahre	4,40	4,30	4,60
	Euroland	Einlagesatz	2,00	2,00	2,00
		10 Jahre*	3,10	2,90	3,00
	Großbritannien	Bank Rate	4,00	3,75	3,50
		10 Jahre	4,97	4,40	4,20
Währungen	USA	EUR/USD	1,15	1,19	1,22
	Schweiz	EUR/CHF	0,92	0,93	0,93
	Großbritannien	EUR/GBP	0,87	0,88	0,89
	Japan	EUR/JPY	184	177	176

Wirtschaftliches Umfeld

	Anteil	BIP				Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Welt*	100,0	2,6	2,3	2,3	2,3												
USA	26,4	2,1	1,8	1,4	1,4	2,7	3,2	2,6	2,7	4,3	4,3	4,1	4,0	-5,8	-6,3	-6,5	-6,5
China	16,9	5,0	4,3	4,0	4,0	0,1	1,4	1,3	1,6	5,1	5,0	5,0	5,0	-8,6	-8,5	-8,4	-8,3
Japan	3,6	1,2	0,6	1,0	1,0	3,2	2,4	1,9	1,8	2,5	2,7	2,7	2,7	-3,5	-3,3	-2,8	-2,4
Indien	3,5	6,5	6,5	6,2	6,0									-4,4	-4,3	-4,2	-4,1
Lateinamerika	6,1	2,5	2,4	2,3	2,2									-4,0	-3,8	-3,6	-3,3
Europa	24,5	1,5	1,0	1,5	1,5												
Eurozone	14,8	1,5	0,8	1,4	1,5	2,1	2,7	1,9	2,4	6,3	6,1	5,7	5,5	-3,1	-3,7	-3,3	-2,6
Deutschland	4,2	0,4	0,4	1,4	1,4	2,3	2,7	1,9	2,3	3,7	4,0	3,7	3,5	-2,4	-3,3	-3,3	-3,1
Frankreich	2,8	0,9	0,8	1,2	1,2	0,9	1,7	1,5	2,0	7,7	7,7	7,5	7,4	-5,4	-5,3	-4,8	-4,4
Italien	2,1	0,7	0,4	0,8	0,8	1,6	2,2	1,8	2,1	6,1	5,4	5,3	5,2	-3,1	-3,0	-2,5	-2,3
Spanien	1,6	2,8	2,1	2,3	2,5	2,7	2,9	2,1	2,4	10,5	9,6	9,1	8,7	-3,2	-2,9	-2,5	-2,4
Portugal	0,3	1,9	1,9	2,0	2,1	2,2	2,6	1,9	2,4	6,0	5,6	5,5	5,4	0,5	-0,2	0,0	-0,7
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	1,3	0,6	1,5	1,8	3,4	2,8	1,8	2,0	4,9	5,6	5,4	4,8	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
Schweiz	0,8	1,2	1,1	1,5	1,3	0,3	1,3	0,7	1,1	2,9	2,9	2,8	2,7	0,4	0,3	0,2	0,2
Schweden	0,5	1,4	1,7	2,3	1,7	0,8	1,9	1,3	2,0	8,7	8,4	7,8	7,5	-1,6	-1,8	-1,4	-1,2
Osteuropa																	
Russland	2,0	0,8	0,5	0,4	0,0	9,0	8,0	6,0	5,0	2,4	2,8	3,0	3,0	-2,7	-3,0	-2,5	-2,0
Türkei	1,2	3,5	3,1	3,0	2,8	35,0	32,0	20,0	18,0	8,4	8,5	8,5	8,5	-3,0	-3,5	-3,5	-3,5

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP
*Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen
11 Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2025



BERENBERG